

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Hochschulen
Akteure	Bern
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Ehrensperger, Elisabeth
Füzesséry, Alexandre
Guignard, Sophie
Mosimann, Andrea
Rohrer, Linda
Schär, Suzanne

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Ehrensperger, Elisabeth; Füzesséry, Alexandre; Guignard, Sophie; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda; Schär, Suzanne 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Hochschulen, Bern, 1996 – 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Bildung, Kultur und Medien	1
Bildung und Forschung	1
Grundschulen	1
Hochschulen	1

Abkürzungsverzeichnis

EDK Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Vetsuisse Veterinärmedizinische Fakultäten Bern und Zürich
IDHEAP Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung

CDIP Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Vetsuisse Facultés vétérinaires de Berne et Zurich
IDHEAP Institut de hautes études en administration publique

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Grundschulen

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 06.06.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Juni stellten die Bildungsdirektorin des Kantons Jura und ihre beiden Amtskollegen aus Bern und Neuenburg das Projekt für eine gemeinsame **Pädagogische Hochschule (HEP-BEJUNE)** vor, die ab August 2001 die Lehrerbildung für alle drei Kantone mit Zweigstellen in La Chaux-de-Fonds, Porrentruy und Biel gewährleisten soll.¹

Hochschulen

KANTONALE POLITIK
DATUM: 01.04.1996
ALEXANDRE FÜZESSÉRY

Dans de nombreux cantons (Vaud, Zurich et Fribourg), les **lois relatives au fonctionnement et au statut des hautes écoles** sont en voie de révision, voire même ont été révisées (Bâle, Berne et Neuchâtel). Relevant de la philosophie de la nouvelle gestion publique, les différentes réformes visent toutes à accroître l'autonomie des universités. Celles-ci jouiront d'une grande marge de manoeuvre sous plus d'un aspect. Dans le domaine financier, elles se verront attribuer des enveloppes budgétaires dont elles pourront disposer à leur guise pour réaliser certains objectifs fixés par les autorités politiques. Les hautes écoles devraient également bénéficier de plus de liberté sur le plan du fonctionnement interne ainsi que du point de vue de la politique d'engagement du personnel, à l'exception de la nomination des professeurs qui restera de la compétence des exécutifs cantonaux. Principaux bénéficiaires de ce transfert de compétences, les rectorats verront leur pouvoir de décision s'accroître substantiellement, et ce notamment au détriment du corps professoral. Les différentes réformes prévoient presque toutes la création d'organes de surveillance: équivalents académiques des conseils d'administration, ces nouvelles structures, composées de membres extérieurs à l'université, seront compétentes notamment pour définir les grandes lignes de développement de l'institution.²

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 11.01.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Eine im Auftrag der fünf Medizinischen Fakultäten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich durchgeführte Analyse der **Ärzteausbildung** in der Schweiz förderte bedenkliche Resultate zutage. Eine internationale Expertenkommission diagnostizierte sechs Hauptmängel – so die zu starke Ausrichtung der Studiengänge auf Examina, das Vorherrschen von Frontalunterricht, die ungenügende Nutzung computergestützter Lernmethoden, für die Ausbildung ungeeignete Universitätsspitäler, im ersten Jahr überlastete Studienpläne, mangelhafte Begleitung und Beratung der Studierenden sowie die Vernachlässigung der Hausarztmedizin und Grundversorgung im Unterricht. Die betroffenen Fakultäten nahmen die Kritik als Bekräftigung der bereits eingeleiteten Reformmassnahmen entgegen. Die Ergebnisse der im Herbst 1999 abgeschlossenen Vernehmlassung zum revidierten Medizinalberufsgesetz waren im Berichtsjahr Gegenstand einer Auswertung durch das Bundesamt für Gesundheit. Eine entsprechende Vorlage an das Parlament wurde für Spätsommer 2001 in Aussicht gestellt.³

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 09.06.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Kanton **Bern kündigte** aufgrund finanzieller Erwägungen und der durch die neuen Universitätsgesetzgebungen veränderten Rahmenbedingungen das **Abkommen über die universitäre Koordination mit den Westschweizer Universitäten**. Dem gemeinsamen Programm der Universitäten Freiburg, Genf, Neuenburg, Lausanne und ETH Lausanne im Bereich der Doktorandinnen- und Doktorandenausbildung war Bern 1980 beigetreten. Mit der Streichung des Ausbildungsbeitrags versprach sich nun der Kanton für 2002 jährliche Einsparungen in der Höhe von 170'000 Fr., ab 2003 von 340'000 Fr..⁴

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 26.09.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Die beinahe einstimmige Zustimmung der Zentralschweizer Kantonsparlamente zum FHS-Konkordat ebnete den Weg zur **Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ)**. Der Konkordatsrat als politisches Leitorgan und oberste vollziehende Behörde der FHZ konnte zu Jahresbeginn seine Arbeit aufnehmen. In einer Absichtserklärung bekräftigten die Erziehungsdirektoren der Kantone Neuenburg, Jura und Bern ihren Willen zur Schaffung einer einzigen Ingenieurschule. Mit der Fusionierung der bisherigen Schulen von Le Locle (NE) und St. Imier (BE) soll die neue Schule als Teil der FHS Westschweiz künftig ihren Standort in St. Imier haben.⁵

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 11.05.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Bund entsprach einem Beitragsgesuch der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg und unterstützte das seit 1993 bestehende Universitätsnetzwerk **BeNeFri** mit neun Mio Fr. Damit sollen sechs Projekte, die ein gemeinsames Lehrangebot zwischen den drei Universitäten schaffen, während vier Jahren unterstützt werden. Der grösste Teil des Geldes fliesst an juristische Einrichtungen, indem drei Institute in den Bereichen Wirtschaftsrecht (Bern), Europarecht (Freiburg) und Gesundheitsrecht (Neuenburg) gegründet werden sollen. Im weiteren wird die Konzentration der Teilbereiche Romanische Sprachen und Literaturen an einem der drei Standorte sowie die Zusammenarbeit in der Slavistik angestrebt.⁶

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 30.04.2002
MARIANNE BENTELI

Die mit Neuenburg im Universitätsverbund **BeNeFri** zusammengeschlossenen Universitäten Bern und Freiburg zeigten sich düpiert ob dem Vorgehen Neuenburgs, insbesondere weil der Rektor der Universität Neuenburg sprachliche und konfessionelle Gründe für diese partielle Neuausrichtung geltend machte. In der Presse wurde dieses Ausscheren auch damit erklärt, dass Neuenburg gleich wie die Universitäten Genf und Lausanne der Umsetzung der Bologna-Doktrin skeptisch gegenübersteht. Die Erziehungsdirektoren der Kantone Bern, Neuenburg und Freiburg legten hingegen ein Bekenntnis zu BeNeFri ab und kündigten eine noch weiter gehende Zusammenarbeit an.⁷

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 15.05.2002
MARIANNE BENTELI

Der Vetsuisse-Rat, das im Vorjahr von den Regierungen der Kantone Bern und Zürich zur Entwicklung eines Kooperationsmodells eingesetzte Gremium, beschloss die Fusion der beiden **Veterinärmedizinischen Fakultäten** der Universitäten Bern und Zürich auf das Studienjahr 2002/03 hin. Der Vetsuisse-Rat schlug vor, dass die Ausbildung der Tierärzte weiterhin an beiden Standorten erfolgen soll, dass aber gewisse Spezialitäten nur noch an einem Ort angeboten werden.⁸

MOTION
DATUM: 04.06.2003
ELISABETH EHRENSPERGER

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Staatssekretär Charles Kleiber hatte sich die Optimierung der Universitätsmedizin im Rahmen eines Gesamtsystems zum Ziel gesetzt. Im Vordergrund standen dabei die künftige Sicherstellung von Qualität und Finanzierbarkeit der humanmedizinischen Fakultäten und Universitätsspitäler. Die Arbeitsgruppe stellte zu diesem Zwecke die **Zusammenführung der fünf medizinischen Fakultäten** in drei Einheiten (Zürich, Bern-Basel, Lausanne-Genf), ein gemeinsames Finanzierungssystem sowie einheitliche Abgeltungsregelungen und gesamtschweizerische Steuerungsorgane zur Debatte. Eine Motion Gysin (sp, BS), welche die Erhaltung der bestehenden medizinischen Fakultäten von Basel, Bern, Zürich, Lausanne und Genf in einer aufeinander abgestimmten Form als **„Medizinische Hochschule Schweiz“** sichern wollte, wurde vom Nationalrat abgelehnt. Wohl würde der Vorstoss richtige Fragen aufwerfen, meinte – ganz im Sinne des Bundesrats – Felix Gutzwiller (fdp, ZH) als Nationalrat und Mitglied einer der betroffenen medizinischen Fakultäten; doch liefen die Forderungen der Motion nach der Superstruktur „Medizinische Hochschule Schweiz“ den bereits laufenden Restrukturierungs- und Kooperationsprozessen zuwider. Definitiv besiegelt wurde der Zusammenschluss der veterinärmedizinischen Fakultäten der Universitäten Bern und Zürich unter dem Namen Vetsuisse.⁹

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 09.09.2004
MAGDALENA BERNATH

Der Kanton Bern beteiligte sich an der von den Westschweizer Kantonen betriebenen **Fachhochschule Westschweiz** (HES-SO), indem er die Ecole d'ingénieurs von St. Imier in die von Jura und Neuenburg betriebene Hochschule ARC Bern-Jura-Neuenburg überführte sowie durch ein Engagement an der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und soziale Arbeit.¹⁰

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 18.06.2005
MAGDALENA BERNATH

Im Sommer einigten sich St. Gallen, Zürich und Bern auf eine Verteilung der **Studiengänge in den Gesundheitsberufen**: Ernährungsberatung wird ab 2007 nur noch an der Berner FHS gelehrt (bisher Zürich und Bern), Physiotherapie ab 2006 sowohl in Bern als auch in Zürich und Pflege an allen drei Standorten. Die Ergotherapie-Ausbildung findet allein in Zürich statt (bisher Biel und Zürich). Der Entscheid betreffend den Studiengang für Hebammen ist noch offen, er soll unter Einbezug von Graubünden gefällt werden, das wie St. Gallen eine Hebammenschule führt.¹¹

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 12.07.2005
MAGDALENA BERNATH

Die fünf Universitäten mit medizinischen Fakultäten, Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich, sowie die Tessiner Universität in Lugano gründeten gemeinsam die **„Swiss School of Public Health“**. Diese soll die Weiterbildung in Gesundheitsökonomie und öffentlicher Gesundheit koordinieren und weiterentwickeln. Schwerpunkte bilden wirtschaftliche Aspekte der medizinischen Versorgung und gesellschaftliche, ökologische und andere Bedingungen für ein gesundes Leben im Sinne der Volksgesundheit. Die sechs Universitäten bieten einzeln oder in Verbänden Absolventen verschiedener Fachrichtungen bereits mehrere Nachdiplom-Programme an. Die im Rahmen der „Schule“ verstärkte Kooperation wird vom Bund in den Jahren 2005-2007 mit 6 Mio Fr. unterstützt.¹²

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 31.03.2006
MAGDALENA BERNATH

Die Universitäten Bern, Genf und Neuenburg, die Universität der italienischen Schweiz sowie das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung in Lausanne (IDHEAP) bieten neuerdings gemeinsam eine **Ausbildung im Bereich öffentliche Verwaltung** an. Ziel des interdisziplinären Studiums ist ein Master-Abschluss in Politik und öffentlicher Verwaltung (nach zwei Jahren) oder ein Doktorat.¹³

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 30.04.2007
LINDA ROHRER

Nach einem Streit zwischen den Kantonen Bern, Jura und Neuenburg um die Standorte der **Fachhochschule Jurabogen (HE-Arc)** konnte ein Kompromiss erzielt werden. Der Streit um die Standorte war ausgebrochen, als die Neuenburger Kantonsregierung zwecks Abbau von Spannungen zwischen dem oberen und unteren Kantonsteil angekündigt hatte, dass La Chaux-de-Fonds Standort der Ingenieurausbildung werden soll. Bern und Jura fühlten sich übergangen, da sie im Rahmen der vom Fachhochschulverband der Westschweiz geforderten Standortkonzentration bereit waren, ihre Schulen in Saint-Imier und Delémont auf Aussenstellen herabzustufen. La Chaux-de-Fonds und Le Locle stimmten dem vorläufigen Wegzug ihrer Ingenieurausbildung nach Neuenburg schliesslich aber doch zu.¹⁴

KANTONALE POLITIK
DATUM: 19.01.2008
ANDREA MOSIMANN

Die Stadt Neuenburg wird Sitz der **Fachhochschule Jurabogen (HE Arc)**. Dies wurde im Januar von den Trägerkantonen Bern, Neuenburg und Jura beschlossen. Die durchgeführten Analysen haben gezeigt, dass sich Neuenburg aufgrund der Erreichbarkeit am besten als Sitz der Schule eignet. Mit diesem Beschluss verbunden ist ein Neubau für die Schule beim Bahnhof Neuenburg.¹⁵

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 14.04.2008
ANDREA MOSIMANN

Die Universitäten Bern und Neuenburg führen ihre Forschungsgruppen in experimenteller und theoretischer Teilchenphysik zusammen. An der Universität Bern entsteht ein neues gemeinsames **„Center for Research and Education in Fundamental Physics“**. Finanziert wird das Projekt vor allem durch Mittelumlagerungen innerhalb der Universität Bern. Zusätzlich leistet die Schweizerische Universitätskonferenz in den Jahren 2009-2012 einen Beitrag von 6 Mio Fr..¹⁶

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 30.09.2008
ANDREA MOSIMANN

Das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP), die Universität Bern und die Universitäten der italienischen Schweiz errichten ein **Netzwerk für Lehre und Forschung in Verwaltungswissenschaften**. Sie bieten künftig gemeinsam einen Masterstudiengang, eine Doktorandenausbildung und Forschungsprogramme im Bereich der öffentlichen Verwaltung an. Das Projekt wird in den Jahren 2009-2012 von der Schweizerischen Universitätskonferenz und vom Schweizerischen Nationalfonds mit einem Beitrag von 6 Mio Fr. unterstützt.¹⁷

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 29.11.2008
ANDREA MOSIMANN

Die **Fachhochschule Westschweiz (HES-SO)** soll mehr Autonomie erhalten. Im November wurde ein entsprechender Vorschlag präsentiert, welcher noch vom Bundesrat genehmigt werden muss. Die geltende Struktur der Fachhochschule wird vom Bund seit längerem kritisiert. Er beanstandet hauptsächlich den grossen Einfluss der Trägerkantone auf die Tätigkeit der Schulen. Gemäss dem vorgestellten Entwurf soll die HES-SO künftig durch ein Rektorat von 3 bis 5 Mitgliedern geleitet werden. Die Kantone behalten allerdings eine starke Stellung und bleiben insbesondere auch für die Nomination der Professorinnen und Professoren zuständig.¹⁸

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 13.10.2009
ANDREA MOSIMANN

Im August wurde ein im Auftrag von Bundesrätin Leuthard erarbeiteter Expertenbericht zur zukünftigen Organisation der **Westschweizer Fachhochschule HES-SO** vorgestellt. Im Zentrum des Papiers steht die Frage, ob der Ende 2008 von der HES-SO ausgearbeitete Entwurf zu einem neuen Trägerkonkordat die seit mehreren Jahren bestehenden Auflagen des Bundesrates bezüglich Führungsstruktur und Organisation erfüllt. Die Expertengruppe unter der Leitung der früheren SP-Nationalrätin und Bildungspolitikerin Barbara Haering erachtete den Entwurf als ungenügend. Sie kritisierte den grossen Einfluss der Erziehungsdirektoren der sieben Trägerkantone (BE, FR, GE, JU, NE, VD und VS) und forderte eine Stärkung des Rektorats auf Kosten des strategischen Ausschusses. Schliesslich empfahl sie die Einführung eines einheitlichen Qualitätssicherungssystems für die ganze Fachhochschule.¹⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 19.11.2009
ANDREA MOSIMANN

Im Herbst fanden an den Universitäten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich **Studentenproteste** statt. Die Aktivisten an den drei Deutschschweizer Unis besetzten die Aulas und forderten bessere Lernbedingungen. Der Missmut der Studierenden richtete sich insbesondere gegen die Bologna-Reform. Sie kritisierten, dass das Studium immer mehr verschult und auf die Wirtschaft ausgerichtet werde und so Eliteuniversitäten entstünden. Allerdings wurde das Themenspektrum bald so stark ausgeweitet, dass die Proteste in einer Universalkritik gipfelten, die mit der Bologna-Reform nur noch wenig zu tun hatte. Ausserdem fehlte es den Besetzern an Rückhalt, da die Protestaktionen nur von einem kleinen Teil der Studierenden mitgetragen wurden und sich auch die studentischen Körperschaften davon distanzieren.²⁰

KANTONALE POLITIK
DATUM: 08.06.2010
ANDREA MOSIMANN

Im Juni stimmte der Berner Grosse Rat einer **Kantonalisierung der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft** zu. Gleichzeitig hiess er einen Kredit von 34 Mio Fr. für einen Erweiterungsbau in Zollikofen gut. Die bisher durch ein Konkordat getragene Schule wird vollständig in die Berner Fachhochschule integriert und soll künftig Departement für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften heissen.²¹

STANDESINITIATIVE
DATUM: 15.06.2011
SUZANNE SCHÄR

Nachdem der Nationalrat der Solothurner **Standesinitiative für ein Stipendienrahmengesetz** 2010 Folge gegeben hatte, entschied der Ständerat mit Hinweis auf das Stipendienkonkordat der EDK im Sommer des Berichtsjahrs mit 22 zu acht Stimmen erneut und definitiv dagegen. Das Konkordat zur Harmonisierung der kantonalen Ausbildungsbeiträge war bis Ende 2011 durch acht Kantone (BS, FR, GR, NE, TG, VD, BE, TI) ratifiziert worden. Folgerichtig und mit der gleichen Anzahl ablehnender Stimmen stellte sich die Kleine Kammer auch gegen eine Stipendieninitiative der WBK-NR. Damit waren beide Vorstösse endgültig vom Tisch. Die Sammelfrist für die **eigenössische „Stipendieninitiative“** läuft Anfang 2012 ab.²²

MOTIONDATUM: 15.06.2017
SOPHIE GUIGNARD

La députée Humbel (pdc, AG) estime que l'examen d'entrée (numerus clausus) pour les études de médecine humaine ne permet pas de sélectionner à coup sûr les meilleurs candidats. Selon elle, seules les capacités cognitives sont testées, alors que la médecine est un domaine dans lequel les aptitudes pratiques et relationnelles sont tout autant importantes. C'est pour cela qu'elle a déposé, en juin 2015, une motion proposant **un test d'aptitudes sous forme de stage pour entrer en faculté de médecine**. Le Conseil fédéral s'est opposé à l'objet, expliquant qu'il est premièrement de la compétence des cantons de mettre en place la forme de sélection choisie. De plus, une telle mesure générerait des frais et du temps de travail supplémentaires, sans pour autant décharger le personnel soignant dans leurs tâches. Il ajoute que les quatre cantons pratiquant le numerus clausus (Fribourg, Berne, Bâle et Zurich) se distinguent par un fort taux de réussite dans le cursus de médecine. Le Conseil national, lui, a accepté l'objet, par 134 voix contre 40 et 4 abstentions, lors de la session d'été 2017.²³

1) Presse vom 06.06.00.

2) VD: JdG, 23.10.96; 24 Heures, 28.10.96. ZH: NZZ, 1.4 et 11.7.96; TA, 20.6 et 11.7.96. FR: NQ, JdG et Lib., 11.4.96. BS: BaZ, 30.10.96. BE: presse du 8.5.96; Bund, 6.9 et 21.9.96. NE: Express, 21.2, 1.6 et 27.6.96.13

3) BaZ, 27.1.00; LT, 1.2.00; Presse vom 11.01.00

4) Bund, 17.03.00.; Presse vom 09.06.00.

5) Bund, 27.09.00; NLZ, 3.2.00; Presse vom 26.09.00

6) Presse vom 11.05.01

7) NZZ, 9.2.02; Bund, 5.3. und 17.4.02; LT, 30.4.02.

8) Bund, 14.5.02; TA, 14.5. und 15.5.02.

9) AB NR, 2003, S. 885 f.; LT, 29.7.03; Bund und BaZ, 6.8.03; NZZ, 26.11.03.; NZZ, 06.06.03.; Presse vom 29.1.03.; Presse vom 30.7., 31.7. und 4.10.03

10) BZ, 27.2. und 9.9.04.

11) BZ, 18.6.05.

12) BaZ und NZZ, 12.7.05.

13) NZZ, 31.3.06; LT, 24.4.06.

14) BZ, 30.04.07.

15) Bund und QJ, 19.1.08.

16) NZZ, 11.4.08; SZ, 14.4.08.

17) Presseportal, 30.9.08; LT, 1.10.08.

18) LT, 29.11.08.

19) L'Express, 8.9.09; TG, 13.10.09.

20) NZZ, 13.11., 14.11. und 19.11.09; NLZ, 20.11.09; SGT, 4.12.09.

21) Bund, 8.6.10.

22) AB SR, 2011, S.629 f.; AZ, 24.2.11; NZZ, 31.3.und 16.6.11.; In. 09.497; Medienmitteilung EDK

23) BO CN, 2017, p. 1156 s.